Nummer 131 | Halle, Freitag, den 6. Juni 1924 | 59. Jahrgang

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und 24 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Ge. Bauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Immunität und Reichstag.

Von Landgerichtsdirektor Dr. Wunderlich, M. d. R.

Der erste Sitzungstag des neuen Reichstages, an dem sachliche Anträge zur Beratung standen, bot kein erfreuliches Bild. Sowohl die nationalsozialistische als auch die kommunistische Fraktion hatten Anträge eingebracht, die gegen einzelne Abgeordnete verhängte Haft aufzuheben und das gegen sie eingeleitete Strafverfahren für die Dauer der Sitzungsperiode einzustellen. Waren hierüber bereits im Geschäftsordnungsausschuß, in dem diese Anträge bereits durchberaten worden waren, die Gegensätze lebhaft aufeinander geplatzt, so flammten im Plenum bei der Beschlußfassung über die Ausschußanträge die Parteileidenschaften erst recht auf. Für den Außenstehenden wird es sehr schwer sein, sich in den verschiedenen Anträgen zurecht zu finden. Und doch ist die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei, die ich als Berichterstatter im Ausschuß und der Abg. Kahl als Fraktionsredner im Plenum entwickelt habe, ganz einfach und gradlinig.

In allen Fällen handelte es sich um Strafverfahren gegen einzelne Abgeordnete, die vor der ersten Sitzung dieses Reichstages eingeleitet worden waren und für die deshalb an sich das Immunitätsprivileg des Artikels 37 Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung nicht gilt. Nach Artikel 37 Abs. 3 der Reichsverfassung kann aber der Reichstag nach seinem Zusammentritt verlangen, daß diese Strafverfahren für die Dauer der Sitzungsperiode eingestellt werden. Die Parteien streiten nun darüber, welche Gesichtspunkte bei der Entscheidung dieser Frage maßgebend sein sollten. Die Kommunisten und Sozialdemokraten wollten alles davon abstellen, ob ein politisches oder ein gemeines Vergehen vorliegt. Die übrigen Parteien wollen sämtlich bei politischen Delikten differenzieren.

Die Deutsche Volkspartei ließ sich von folgenden Erwägungen leiten: es ist in jedem Einzelfalle, also auch bei politischen Vergehen zu prüfen, ob das Interesse der Allgemeinheit des Staates auf strafe Durchführung eines Strafverfahrens oder das Interesse des Reichstages auf Anwesenheit aller seiner Mitglieder überwiegt. Bei politischen Delikten wird man im allgemeinen dazu neigen, das Interesse der Strafverfolgung gegenüber dem anderen Interesse, daß alle gewählten Abgeordneten an den Beratungen des Reichstages teilnehmen können, zurückzustellen. Es gibt aber politische Delikte, deren Aufklärung und Sühne im höchsten Staatsinteresse liegt. Dazu gehören der Hochverrat und der Landesverrat. Kein Parlament darf dulden, daß unter dem Schutze der Immunität Mitglieder den Umsturz der Verfassung betreiben oder wenn sie deswegen bestraft worden sind, durch das Immunitätsprivileg der Strafe entzogen werden. Das Parlament würde, wenn es hier nicht streng urteilte, die Grundlage, gemeinlich die Verfassung, zerstören, auf der es selbst beruht. Weiterhin erfordert es das Interesse der Justiz, daß rechtskräftig erkannte Strafen unter allen Umständen vollstreckt werden. Das hat der Abgeordnete Kahl bereits in der Nationalversammlung in Weimar bei der Schaffung der Verfassung überzeugend ausgeführt.

Folgt man diesen Gedankengängen, so ergeben sich die Entscheidungen in den einzelnen Fällen ganz von selbst:

1. Der kommunistische Abg. Urbahns befindet sich seit Januar 24 wegen Hochverrats in Untersuchungshaft. Er wird beschuldigt, daß er der Leiter des Putsches gewesen ist, der in Hamburg vom 23. bis 25. Oktober 1923 gewütet und der Polizei 17 Tote und eine Menge Verwundeter gekostet hat. Es liegt im Staatsinteresse, daß diese Tat restlos aufgeklärt wird. Die D. V. P. hat Aufhebung der Haft und Einstellung des Strafverfahrens abgelehnt.

2. Der nationalsozialistische Abg. Kriebel ist durch rechtskräftiges Urteil des Volksgerichtes München vom 1. April wegen Hochverrates zu 5 Jahren Festung verurteilt worden, die er gegenwärtig verbüßt. Gegenstand der Urteilsforderung waren die bekannten Vorgänge vom 8. und 9. November 1923 in München. Gewiß ist Oberleutnant Kriebel nicht auf eine Stufe zu stellen mit den Kommunisten, die die Sowjetrepublik bei uns einführen wollen. Aber Hochverrat bleibt Hochverrat, von welcher Seite er auch kommen mag, und es geht nicht an, daß man hier Unterscheidungen macht. Deshalb hat die DVP. den Antrag auf Haftentlassung in diesem Falle abgelehnt. Uns dünkt es auch weit ehrenvoller, wenn der, der einen Hochverrat begangen hat, beim Scheitern seines Unternehmens die Konsequenzen zieht und die darauf stehende Strafe auf sich nimmt.

3. Aus denselben Gründen hat die D. V. P. den Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abg. Lademann abgelehnt, der auf Grund des Republikschutzgesetzes wegen Aufstellung von kommunistischen Hundertschaften im Freistaate Thüringen zu einem Jahr Gefängnis rechtskräftig verurteilt worden war.

4. Gegen den kommunistischen Abg. Jadasch schwebt gegenwärtig ein Untersuchungsverfahren wegen Hochverrates vor dem Staatsgerichtshofe zum Schutze der Republik. Auch hier mag die Gerechtigkeit freien Lauf haben.

5. Die Straftaten der übrigen Abgeordneten, die noch nachzuprüfen waren, waren anderer, leichterer Art. Der Abg. Heydemann von der kommunistischen Fraktion ist zwischen den beiden Reichstagstagungen wegen eines Pressedelikts aus dem Jahre 21 in Untersuchungshaft genommen worden, weil er sich auf zweimalige Ladung nicht gestellt hat. Wie schon der letztverflossene Reichstag die Genehmigung zur Strafverfolgung dieses Pressedelikts versagt hat, so hat auch jetzt die DVP. dem Antrage auf Haftentlassung und Einstellung des Verfahrens zugestimmt. Nicht anders lag es in dem Falle der kommunistischen Abgeordneten Buchmann, Florin und Schlecht, die wegen Teilnahme an einer verbotenen kommunistischen Versammlung in München in Haft genommen worden waren.

Den Reichstag werden auch in der nächsten Zeit noch unsere Anträge dieser Art beschäftigen. Die DVP. wird auch in Zukunft die oben wiedergegebenen Richtlinien verfolgen, gleichgültig, welcher Fraktion der betreffende Abgeordnete angehört.

Die Erklärung des Reichskanzlers.

Das Gutachten wird angenommen / Vorbehalte ohne Nachdruck.

In der gestrigen zweiten, um 5 Uhr nachmittags beginnenden Reichstagssitzung stand auf der Tagesordnung nur die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Marx, von wilden Rufen der Kommunisten begrüßt, führte u. a. aus:

Ich habe die Ehre, dem neugewählten Reichstag die Reichsregierung vorzustellen. Der Herr Reichspräsident hat alle Mitglieder der bisherigen Reichsregierung in ihren Aemtern bestätigt. Die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung hatten ihren tiefsten Grund in der ernsten und bedrängten außenpolitischen Lage des Reiches. Nach den vergeblichen Bemühungen Deutschlands, zu einem wahren Frieden zu gelangen, wird der Meinungsstreit über den einzuschlagenden Weg heftiger ausgetragen, als die Einmütigkeit über das Ziel der Befreiung Deutschlands es rechtfertigt.

Seit Jahren steht die deutsche Politik unter dem Druck der außenpolitischen Verhältnisse, zumal jetzt, da das Gutachten der Sachverständigen die beherrschende Frage der großen internationalen Politik ist. Für Deutschland ist es die Lebensfrage. Die Lage unserer Wirtschaft ist trostlos, wenn nicht gar verzweifelt.

In allerkürzester Frist muß eine Entspannung der Geldknappheit erfolgen, wenn nicht unsere ganze Wirtschaft erliegen soll. Einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Krisis sah die Reichsregierung in dem Gutachten namhafter ausländischer Sachverständiger. Sie hat deshalb am 17. April der Reparationskommission geantwortet, daß sie in dem Gutachten eine praktische Grundlage für die schnelle Lösung des Reparationsproblems erblicke, und daß sie deshalb bereit sei, ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen zuzusichern. Die jetzige Reichsregierung wird die bereits im Gange befindlichen und durch die Regierungsbildung nicht verzögerten Vorarbeiten zur Durchführung des Gutachtens fortsetzen. Aufgabe der Organisationskomitees für die Goldnotenbank, die Reichsbahn und die Industrieobligationen wird es sein, die in dem Gutachten noch vorhandenen Lücken auszufüllen und Unklarheiten sowie tertliche Widersprüche aufzuklären. Die Befugnisse der Kommissare müssen völlig klargestellt und abgegrenzt werden, und die Zweifel hinsichtlich der deutschen Mehrheit in dem Verwaltungsrat der Reichsbahn beseitigt werden. Danach wird die Reichsregierung die Gesetzentwürfe über diese Materien den gesetzgebenden Körperschaften vorlegen. Ferner müssen die Fragen der Zölle und Verbrauchsabgaben mit der Gegenseite erörtert werden, und die Tätigkeit der Agenten für die Reparationszahlungen noch in Einzelfragen geregelt werden. Das Gutachten kann nach der Ansicht der Sachverständigen nur als Ganzes angenommen oder verworfen werden. Die Reichsregierung will die Vorarbeiten beschleunigen und das Gutachten in die Wirklichkeit umsetzen.

Die von unserer Seite zu erlassenden Gesetzentwürfe und Anordnungen werden erst in Kraft treten, wenn klar und eindeutig feststeht, daß auch die Gegenseite das Gutachten als ein unteilbares Ganzes unverändert annimmt, und wenn Gewißheit dafür gegeben ist, daß die Gegenseite gleichzeitig alle die Maßnahmen trifft, die in dem Gutachten als notwendig bezeichnet sind, um die deutsche Leistungsfähigkeit wiederherzustellen. Den vielen Tausenden Vertriebener und ihrer Heimat Beraubter Freiheit und Heimat wiederzugeben, ist ein unerläßliches Ziel, von dem die Reichsregierung nicht abgehen kann. Es ist nur folgerichtig und unerläßlich, daß dann die vertragliche Basis überall wiederhergestellt wird, sowohl bezüglich des auf Grund des Versailler Vertrages besetzten linksrheinischen Gebietes, als auch bezüglich der über diesen Vertrag hinaus besetzten Gebiete.

Das wird in sich schließen, daß im altbesetzten Gebiet das Rheinlandabkommen wiederhergestellt und lonal gehandhabt wird und die darüber hinaus besetzten Gebiete geräumt werden.

Die Sachverständigen haben selbst klar darauf hingewiesen, daß die über ihre Zuständigkeit hinausgehenden politischen Fragen zwischen Reichsregierung und den alliierten Regierungen unmittelbar geregelt werden müssen. Vor diesen lebenswichtigen, für die Einheit des Reiches wie für die deutsche Wirtschaft gleich bedeutsamen Fragen der Außenpolitik müssen alle innerpolitischen Fragen vorerst zurücktreten. Deshalb unterlassen wir es jetzt, auf Fragen innerer Politik einzugehen.

Die Reichsregierung wird ihre ganze Kraft an die Arbeit setzen, die zur schnellen Durchführung des Sachverständigengutachtens erforderlich ist, und stets ihr Augenmerk darauf richten, daß die sich daraus für das ganze Volk ergebenden schweren Lasten nach Maßgabe der Tragfähigkeit gerecht verteilt werden.

Angesichts der verzweifelten wirtschaftlichen Notlage, in der sich die deutsche Wirtschaft zurzeit befindet, beschwört die Reichsregierung den Reichstag und das ganze deutsche Volk, die langsam einsetzende Gesundung Deutschlands durch Uneinigkeit nicht wieder zu zerstören. Wenn Deutschland ein zweites Mal so dicht an den Abgrund kommen sollte, wie im November vorigen Jahres, dann wird niemand mehr Hilfe bringen können. In den kommenden Wochen handelt es sich darum, den eingeleiteten Gesundungsprozeß durchzuführen und die deutsche Wirtschaft zu retten. Das Ausland muß sehen, daß das deutsche Volk geschlossen den sich ihm bietenden Weg in die Freiheit gehen will. Das Ausland aber muß endlich auch den Beweis erbringen, daß es zu ehrlicher Verständigung bereit ist. Nur dann wird sich im deutschen Volke der durch zahllose Enttäuschungen und Demütigungen erschütterte Glaube am wahren und dauernden Frieden wieder festigen.

Es geht um deutsche Brüder, es geht um deutsches Land, es geht um Deutschlands Rettung in letzter höchster Not. Das Rheinland und unsere bedrängten Landsleute an der Ruhr sehen erwartungsvoll auf Sie und verlangen von Ihnen, daß Sie ihnen schnell Rettung und Hilfe bringen.

Painleve Kammerpräsident.

Herriot und die deutschen Naturallieferungen.

Paris, 5. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Painleve wurde gestern mit 296 Stimmen zum Präsidenten der Kammer gewählt. Maginot erlangte 209 und Marin, der Kandidat der Kommunisten 25 Stimmen. Heute um 10.30 Uhr stattete Painleve dem Präsidenten der Republik aus Anlaß seiner Ernennung zum Präsidenten der Kammer den vorgeschriebenen Besuch, der eine Viertelstunde darauf von Millerand erwidert wurde. Der Besuch Herriots im Elysee wird ebenfalls nachmittags erfolgen.

„Oeuvre" veröffentlicht eine Auslassung des Ausschusses für die zerstörten Gebiete. Nach dem Bericht hat der Generalsekretär des Ausschusses von Herriot die Zusicherung erhalten, daß er sofort nach der Kabinettsbildung das Gesetz betreffend die Kriegsschäden, das die Ausführung der französisch-deutschen Abmachungen über die Naturallieferungen vorsieht, zur Anwendung bringen werde. Seine dahingehende Absicht werde in der Regierungserklärung ausdrücklich unterstrichen sein.

Gibt es Grundeigentum?

Ob es Eigentum an Grundstücken gibt? „Eine närrische Frage", sagt der Leser; „natürlich gibt es Grundeigentum". Und der eine denkt an sein Haus, der andere an seinen Bauernhof, der dritte an sein Rittergut, der Grundbuchbeamte endlich denkt lächelnd an die Gewölbe, voll Grundbücher, in denen jedes einzelne Grundstück und sein Eigentümer so säuberlich aufgezeichnet sind. Der Kommunist vollends tobt: „Das ist ja gerade das tollste der ganzen bürgerlichen Mißwirtschaft. Gebt Grund und Boden heraus! Gebt ihm dem Volke!"

Schon gut, liebe Leser. Juristisch hat Ihr vollkommen recht: da gibt es Grundeigentum. Aber unjuristisch, praktisch gesprochen? Wir werden es sehen.

Unzweifelhaft gibt es Eigentum, Privateigentum an „beweglichen Sachen", wie der Jurist sagt zum Unterschied von Grundstücken „unbeweglichen Sachen". Diese Zeitungsnummer zum Beispiel ist zweifellos dein Privateigentum, lieber Leser — wenn du sie dir nicht geborgt hast. Eigentum ist sie auf jeden Fall. Der Federhalter, mit dem ich diese Zeilen schreibe, die Brille, mit der du sie liest, der Stuhl, auf dem du gerade sitzt: all diese „beweglichen" Sachen sind dein oder irgend eines anderen Eigentum.

Was heißt das: „Eigentum"? Sehr einfach: du kannst in den Grenzen, die das Gesetz zieht, damit machen, was du willst, und hältst du dich in diesen Grenzen, so kann kein Mensch etwas von dir wollen.

Der Jurist drückt das natürlich gelehrter aus, aber ich denke, lieber Leser, wir verstehen uns auch so und wissen ganz genau, was Eigentum an „beweglichen" Sachen ist.

Aber nun „Grundeigentum". Du wirst sagen: „das ist doch ebenso, man kann innerhalb der Gesetzesgrenzen damit machen, was man will".

Wirklich? Ist da nicht doch ein kleiner, und, wenn ich die „Grundstückseigentümer" richtig verstanden habe, heute recht unangenehmer Unterschied?

Muß der „Grundstückseigentümer" nicht aus dem Grundstück oder für das Grundstück eine Abgabe zahlen, „Grundsteuer" genannt?

Solch eine Abgabe braucht man von dem anderen Eigentum, dem Eigentum an „beweglichen" Sachen nicht zu zahlen. Doch gibt es auch bei „beweglichen" Sachen Ausnahmen; z. B. bei den wirklich sehr beweglichen Automobilen, Hunden usw.

Man fühlt ohne weiteres, zwischen der Grundsteuer und der „Luxussteuer" für Autos, Hunde, Klaviere usw. ist ein Unterschied. Die Grundsteuer ist entschieden nicht als „Luxussteuer" gedacht. Sieht man näher zu, so findet man allerdings doch eine gewisse Verwandtschaft, und blickt man weiter aus, so sieht man auch wieder einen gewissen Zusammenhang all dieser Steuern mit der großen grundsätzlichen Steuerart: der Vermögensteuer. Kurz, auch mit dem Eigentum an „beweglichen" Sachen ist es nicht so ganz einfach.

Aber beschränken wir uns auf die Grundstücke und die nicht mit einer besonderen Steuer bedachten „beweglichen" Sachen.

Offensichtlich ist zwischen dem Eigentum an Grundstücken und dem an diesen beweglichen Sachen praktisch doch ein großer Unterschied, auch wenn das Gesetz beides gleichermaßen als Eigentum bezeichnet. Nur das Eigentum an beweglichen Sachen ist wirklich freies Eigentum. Das andere Eigentum, das Grundeigentum? Darauf macht die Allgemeinheit, der Staat, die Gemeinde, ein Recht geltend und zwar, da man Grundeigentum im allgemeinen hat, um Nutzen daraus zu ziehen, ein sehr wichtiges Recht: das Recht auf Abgabe vom Nutzen.

Juristisch kann man natürlich diesem Recht der Allgemeinheit, dieser Abgabepflicht vom Grundeigentum alle möglichen „Konstruktionen" geben. Aber wir wollen hier ganz unjuristisch, ganz praktisch reden. Deshalb fragen wir: Unterscheidet sich eigentlich dieses Recht der Allgemeinheit auf Zahlung eines Geldbetrages aus dem Grund und Boden praktisch so wesentlich von dem Recht, das der Eigen-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240606018/fragment/page=0001

tümer an denjenigen hat, dem er sein Grundstück vermietet oder verpachtet?

Gewiß, es gibt allerhand juristische Unterschiede, überhaupt gehört ja das eine ins Gebiet des „öffentlichen", das andere in das Gebiet des „bürgerlichen" oder, um die Kommunisten nicht zu kränken, in das Gebiet des „privaten" Rechts. Aber ich wiederhole rein praktisch gesprochen, so wie man redet, wenn man unter sich ist: ist es nicht beinahe gehuppt wie gesprungen, beinahe dasselbe?

Wie steht es dann aber mit dem Grundeigentum? Gibt es dann überhaupt richtiges Privateigentum an Grundstücken, wie es Privateigentum an beweglichen Sachen gibt?

Mir scheint, man kann durchaus sagen:

Nein, es gibt kein richtiges Privateigentum an Grundstücken. Sondern wirklicher, faktischer, praktischer Eigentümer ist der Staat, die Allgemeinheit. Und der Staat hat sein Eigentum nur an die sogenannten „Eigentümer" zu ganz bestimmten, in den Steuergesetzen von der Allgemeinheit festgelegten Bedingungen „verpachtet".

Wozu dann aber die große Empörung der kommunistischen und sonstigen angeblich „Entrechteten"? Der Grund und Boden ist ja längst Gesamteigentum, längst sozialisiert.

Alles, was man ändern könnte, wäre nur: entweder andere Festsetzung der „Pachtbedingungen" wozu aber ebensowenig eine große Staats- wie Wirtschaftsumwälzung nötig ist, wie sie bei den bisherigen Festsetzungen der Pachtbedingungen nötig war;

oder: Verpachtung an andere Personen (worauf es den nur scheinbar „Sozialisierungs"-, in Wirklichkeit „Individualisierungsmütigen" ankommt), woran aber der Eigentümer, d. h. die Allgemeinheit nur ein Interesse hat, wenn ihr dadurch höherer Nutzungsanteil zukommt, also höhere „Grundsteuer" (was die „Sozialisierer" natürlich nicht wollen);

oder: Aufhebung der Grundsteuer, d. h. des Eigentums der Allgemeinheit, Entsozialisierung zugunsten einzelner (nämlich der Herren Revolutionäre und ihres Anhanges).

Ich meine, man sollte die Individualisierungspläne, die man „Sozialisierungspläne" zu nennen beliebt, ein für allemal abtun, und auch die Kommunisten täten gut daran. Denn praktisch kann dabei die Allgemeinheit, sei es Staat oder „Kommune" nur Schaden erleiden: Weil es einfach unsinnig wäre, all die unzähligen Grundstücke durch den wirklichen, eigentlichen Eigentümer, durch die Allgemeinheit selbst bewirtschaften zu lassen, statt sie, wie es heute grundsätzlich geschieht, in Form der nur irreführend sogenannten „Eigentums"überlassung zu verpachten.

Unsere lieben Väter und Ahnen waren wirklich auch ganz verständige Leute, die sich — reiflicher, als wir Heutigen — überlegten, was sie taten. Es genügte vollständig, wenn wir ebenso wohlüberlegt und vernünftig wären wie sie, wenn wir den Grund und Boden sozialisiert lassen, wie er ist, statt ihn zu entsozialisieren, wie die Wölfe in Schafskleidern (oder richtigen Schäfchen?) wollen, die „Freiheit" rufen und Diktatur meinen und „Sozialisierung" schreien und Privateigentum, richtiges entsozialisiertes Privateigentum an Grund und Boden haben wollen, d. h. Zustände, die von unserer angeblich so unsozialen Zeit längst überwunden sind.

Zwei Sitzungen und eine Erklärung.

Kommunistischer Krakehl.

Getreu ihrer Ankündigung, jede parlamentarische Arbeit unmöglich zu machen, haben im Reichstage die Kommunisten am Mittwoch nahezu fünf Stunden lang die übelsten Rüpeleien verübt, und daraufhin von den übrigen Parteien parlamentarische Antworten erhalten. Man versteht das nachgerade nicht mehr. Der kahlköpfige Boxer Thälmann aus dem Hamburger Hafenviertel brüllt vom Podium herunter, selbstverständlich gehe es dem Aufstand entgegen, selbstverständlich gehöre ein Gewehr in die Hand jedes Proletariers, und das erste Revolutionsfanal werde sein, daß die oberschlesische Stadt Hindenburg in Leningrad umbenannt werde, denn dort hätten die Kommunisten schon die Mehrheit. Thälmanns Genossen, die Scholem, Koenen, Eppstein, und wie sie heißen, alles bezahlte Kräfte Sowjet-Moskaus, brüllen ein Hoch auf die Weltrevolution aus, beschimpfen den Präsidenten Wallraf, rufen Abgeordneten der Rechten Schurke, Schuft, Halunke, Lump, Verbrecher zu, erhalten aber immer noch parlamentarische Antworten von den Politikern der Mitte. Eines Tages wird es ein böses Erwachen geben. Heute scheinen unsere Parlamentarier noch zu träumen. Die fast fünfstündige sinnlose Krakehlerei endet mit dem Beschluß, die beiden verhafteten kommunistischen Abgeordneten Lindau und Pfeifer noch nicht freizulassen. Mit den Kommunisten stimmen die Sozialdemokraten — in der Not läßt Art nicht von Art.

Erheblich friedlicher geht es in der zweiten, nach einstündiger Pause nachmittags um 5 Uhr beginnenden Sitzung zu, obwohl auch sie durch ein kommunistisches Massengebrüll eröffnet wird. Im allgemeinen aber kann der Reichskanzler Dr. Marx sein Erfüllungsprogramm ungestört vortragen.

* * *

Eine Erklärung Graf Westarps.

Kein Vertrauen zur Reichsleitung.

Berlin, 5. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Graf Westarp gab heute im Reichstage folgende Erklärung ab:

Der Herr Reichspräsident hat unter völliger und offenbar planmäßiger Außerachtlassung des in dem Wahlergebnis zum Ausdruck gelangten Willens des Volkes nicht den Führer der stärksten Partei, sondern den zurückgetretenen Reichskanzler mit der Regierungsbildung beauftragt und damit den Gang der Verhandlungen in die Hände der bisherigen Minderheitsregierung gelegt. Dennoch hat die Deutschnationale Volkspartei von Anfang an ihre volle Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an der Regierung unter Zurückstellung eigener Wünsche unzweideutig bewiesen. In Erkenntnis der historischen Bedeutung der Stunde hat sie sich sogar zum Eintritt in eine Regierung unter Vorsitz des bisherigen Kanzlers bereitgefunden und hat in sachlicher und persönlicher Beziehung eine außergewöhnliche Selbstverleugnung an den Tag gelegt. Trotzdem hat der Reichspräsident sowohl wie der bisherige Reichskanzler die Verhandlungen in einem Augenblick abgebrochen, in dem bei gutem Willen der Anderen eine Einigung noch möglich gewesen wäre. Die Deutschnationale Volkspartei zieht aus diesem Verhalten den Schluß, daß sowohl bei dem Herrn Reichspräsidenten wie bei dem ausschlaggebenden Teil der bisherigen Regierungsparteien der gute Wille, zu einer Verständigung zu gelangen, gefehlt hat. Die Fraktion zieht hieraus die gegebene Folgerung. Sie stellt vor dem deutschen Volke fest, daß sie zu der gegenwärtigen Reichsleitung kein Vertrauen hat.

Die alte Eifersucht.

Im Auslande verfolgt man halb mit Bewunderung, halb mit feindseliger Eifersucht die großen Fortschritte, die Deutschland seit dem Kriegsende in dem Wiederaufbau seiner Handelsflotte gemacht hat. Bei der Eifersucht spielt nicht nur das Handelsinteresse mit, sondern auch eine geheime Sorge, ob nicht am Ende die neuerbaute deutsche Handelsflotte nur die Maske für eine kriegerische Seerüstung sei. Man kann in den ausländischen Zeitungen sehr tiefsinnige Betrachtungen über die technischen Konstruktionsgeheimnisse des deutschen Schiffsbaues lesen und man wird erstaunt sein, daraus zu ersehren, daß die Deutschen verteufelte Kerle sind, die angeblich harmlose Handelsdampfer bauen, in Wirklichkeit aber verkappte Kreuzer herstellen. Der Schrecken vor den deutschen Kaperschiffen steckt dem Auslande eben noch sehr in den Gliedern.

Wer diese Preßkampagne verfolgt hat, der hat sich nicht darüber gewundert, daß kürzlich im englischen Unterhaus verschiedene neugierige Abgeordnete bei der Regierung anfragten, ob der Neubau der deutschen Handelsflotte nicht sehr streng kontrolliert werden müsse. Dabei kamen alle die Zeitungsmärchen über die neuen geheimen Seerüstungen aufs Tapet. Die englische Regierung gab eine Antwort, die wahrscheinlich nicht dazu beitragen wird, dem albernen Gerede ein Ende zu machen. Sie erklärte zwar, sie wisse von nichts dergleichen, gab aber keineswegs die positive Versicherung ab, daß es sich um unsinniges Gerede handele. Die Märchen von Deutschlands neuer Seerüstung werden also weiter verbreitet werden.

Der Grund dieser ganzen Propaganda ist die Eifersucht auf das rasche Anwachsen der deutschen Handelsflotte, das den englischen und amerikanischen Schiffahrtsgesellschaften schon heute fühlbare Konkurrenz macht. Deutschland hat heute schon wieder den dritten Platz inbezug auf den Welttonnengehalt gewonnen. Es wird in absehbarer Zeit wieder an dem zweiten Platz stehen, den es im Jahre 1914 inne hatte. Die Raub- und Beutesucht unserer Feinde ließ uns nach Auslieferung unserer besten Schiffe nur 400 000 Tonnen minderwertiger Fahrzeuge. Heute hat Deutschland bereits wieder eine Flotte von 3,8 Millionen Tonnen auf dem Wasser, darunter den „Columbus", der mit 34000 Tonnen ein Riesensprung nach vorwärts ist. Und was im Bau begriffen ist, übertrifft, abgesehen von England, die Bauarbeit sämtlicher anderer Staaten. Deutsche Tüchtigkeit ist dabei, sich ihren Platz auf dem Meere wieder zu erobern — trotz allem Neid und aller Feindschaft.

Keine Revolution in Rumänien?

Nach aus London eingegangenen Telegrammen wäre der rumänische General Averescu an der Spitze von 50 000 Bauern in Bukarest einmarschiert.

Das Kabinett Bratianu wäre gestürzt worden, Averescu habe gegen Bratianu und dessen Bruder, den Finanzminister, die Anklage wegen Fälschungen, Korruption und Einführung eines Systems der Gewalt erhoben. Averescu wolle das politische Leben Rumäniens auf neue Grundlagen stellen, die Beziehungen zur kleinen Entente fester gestalten, die Frage der Schatzscheine und die Schuldenfrage regeln und endgültig mit Rußland auch die bessarabische Frage regeln. Die rumänische Gesandtschaft in Berlin bestreitet die Richtigkeit dieser Meldung. Die Gerüchte über eine Revolution in Rumänien seien vollständig aus der Luft gegriffen. Die königlich rumänische Gesandtschaft sei in der Lage, die Erklärung abzugeben, daß in Rumänien völlige Ruhe und Ordnung herrschen. Diese Gerüchte sind wahrscheinlich durch Nachrichten über eine Versammlung der Rumänischen Volkspartei hervorgerufen, die am 3. Juni in Bukarest stattfinden sollte. Laut Mitteilungen, die der Gesandtschaft zugegangen sind, sollten die Mitglieder der Rumänischen Volkspartei nur ihre Ansichten austauschen und ihr parteipolitisches Programm entwickeln.

Freisprechung der Angeklagten Thormann-Grandel.

Berlin, 5. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Im Prozeß gegen Thormann und Grandel, die wegen Anstiftung zur Ermordung des Generals von Seeckt angeklagt waren, wurde heute vormittag ½10 Uhr das Urteil verkündet. Das Gericht stellte fest, daß beide Angeklagte ohne Zweifel die Beseitigung des Generals von Seeckt wünschten. Trotzdem kann eine Verurteilung nicht erfolgen, da eine Verabredung nach § 49 nur dann vorliegt, wenn die sich Verabredenden übereinstimmend den ernstlichen Willen zur Teilnahme als Täter oder Mithilfe zum Ausdruck gebracht haben. Dagegen gibt es keine Verabredung mit einem Spitzel, weil dieser ja gar nicht den Erfolg will. Voraussetzung zur Strafbarkeit ist der ernstliche Tatwille. Das Gericht verkündet deshalb folgenden Spruch: Die Angeklagten werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

*

Nachdem der kommunistische Abgeordnete Remmele gestern von der Reichstagssitzung ausgeschlossen ist, hat der Reichstagspräsident ihm das Betreten des Reichstages brieflich verboten, da er nirgends aufzufinden war. So befindet sich an den Portalen des Reichstagsgebäudes eine Absichrift des Briefes, die ihm überreicht werden wird, wenn er das Haus betreten will. Man vermutet, daß der Abgeordnete über Nacht im Reichstagsgebäude geblieben ist.

Neue Micumverhandlungen.

Zum bevorstehenden Ablauf des Micumvertrages des Ruhrbergbaues hört die Rheinisch-westfälische Zeitung, daß die Sechser-Kommission des Bergbaulichen Vereins bereits seit einigen Tagen mit der Ausarbeitung von Abänderungsvorschlägen für die neuen Micumverhandlungen beschäftigt ist.

Forderungen der Beamten-Gewerkschaften.

Der Gesamtverband der deutschen Beamten-Gewerkschaften (christlich-national) hat beschlossen, dem neuen Reichstag verschiedene Forderungen, die mit der soeben erfolgten Besoldungsregelung im Zusammenhang stehen, zu unterbreiten. Zunächst soll die Verordnung, die den Reichsfinanzminister ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsrat unter Ausschaltung des Reichstages die Gehälter der Beamten selbständig festzusetzen, aufgehoben werden. Die Personalabbauverordnung vom 27. Oktober 1923 soll mit Ausnahme einiger Bestimmungen, deren dauernde Beibehaltung notwendig erscheint, außer Kraft gesetzt werden. Um die augenblicklich vorhandene Ungerechtigkeit in der Beamtenbesoldung zu beseitigen, wird eine baldige Revision der Einstufung in die Besoldungsverordnung gefordert. Ferner wird ein neues Beamtengesetz verlangt. Die Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten sollen einer Revision unterzogen werden. Insbesondere soll eine Nachprüfung der Dienstdauer bei den Beamten stattfinden, bei denen gegenüber der Vorkriegszeit und unveränderter Tätigkeit erhebliche Dienstzeitverlängerungen stattgefunden haben.

Die echten „Continental"-Sohlen und -Absätze im Spezial-Geschäft Gummi-Bieder, Gr. Steinstrasse 81 (Nähe Markt).

Das Glück der Ingrid Wendland.

Roman von Erich Friesen.

38. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Bärbeli kam von ihrem Spaziergang nach Hause zurück — und noch immer saß Ingrid fast unbeweglich, auf der Gartenbank und grübelte — —

Alles, selbst Hilmars kurze Besuche, die sie sonst mit allen Fasern ihres Herzens erlebt hatte — alles trat zurück gegenüber dem Ereignis, das ihr bevorstand und das ihr ganzes Leben in andere Bahnen leiten würde.

Wenige Wochen noch — und sie war am Ziel. Oh, daß das, was im Leben anderer Frauen das höchste Erdenglück ausmachte, für sie ein Fluch werden sollte! Würde sie je ihr liebes kleines Kind voll unsagbarer Mutterfreude an die Brust drücken können? Es ist als ein Geschenk des Himmels, empfinden und Gott dafür danken in inbrünstigem Gebet? . .

„Oh, mein Kind! Mein armes, armes Kind! . . . Namenlos!"

Ohne das sie es wußte, entschlüpften die Worte ihren Lippen. Sie hatte in ihrem Dahinbrüten überhört, wie sich abermals das Gartentor geöffnet, wie Bärbeli Hilmar einireten ließ und sich dann diskret ins Haus zurückzog.

Langsam trat Hilmar näher. Voll tiefinnerster Bewegung vernahm er die schmerzvoll hervorgepreßte Klage.

„Ingrid!"

Die junge Frau fuhr zusammen, wandte den Kopf und streckte Hilmar verzagt die Hand entgegen.

„Ich hatte dich heute nicht erwartet, Liebster. Morgen ist doch erst unser Sonntag!"

Er preßte die abgebrochten Finger an seine Lippen.

„Ich weiß selbst nicht, weshalb ich heute schon kam, mein Lieb. Eine unwiderstehliche Macht trieb mich her. Ich hatte das Gefühl, als brauchtest du mich, als drohte dir von irgendwoher Gefahr —"

Sie lächelte matt.

„Welche Gefahr könnte mir drohen? Hier gibt's keine Wegelagerer. Hier bin ich geborgen. Nur müde bin ich. Todmüde. Und doch — ich bin froh, daß du da bist. Wer weiß, wie oft wir uns noch sehen werden!"

„Ingrid! Liebste. teuerste Ingrid! Wie kommst du auf solche Gedanken?"

Sie ließ ihn zu sich auf die Bank und schlang die Arme um seinen Hals.

„Wenn ich wüßte, daß mein kleiner Engel mit mir stürbe, wäre ich zufrieden," murmelte sie. „Aber das Kind zurücklassen — — ach, Liebster, die Welt ist so grausam!"

„Ingrid!"

„Ja, ja, ich weiß, ich tu dir weh. Aber sieh, zu jemandem muß ich mich doch aussprechen, sonst frißt es mir das Herz weg. Bärbeli ist ja zu jung für sowas! Morgen kommt der Vater — zum erstenmal. Ich selbst hab' Verlangen nach ihm. Wer weiß ob ich ihn sonst in diesem Leben noch einmal wiedersehe! Ich fühle, meine Stunde naht."

Er wollte etwas sagen wollte sie trösten, aufheitern — aber kein Wort kam über seine Lippen. Ihm war, als halte eine Faust mit würgendem Griff seine Kehle umspannt

und wieder sprach die matte, traurige Stimme:

„Ich habe mich beherrscht, wenn du bei mir warst, Hilmar — aus Liebe zu dir. Ich habe ein rubiges Gesicht gemacht, war heiter. Ich habe dich damit getäuscht. Ihr meint, ich hätte mich in mein Schicksal ergeben. Mögen die andern es glauben! Aber du — du sollst es wissen, wie es in mir aussieht. Ich kann mit keiner Lüge von dir gehen!"

Ihre Arme waren herabgesunken. Ihre ganze Haltung drückte tiefste Hoffnungslosigkeit, grenzenlose Verzweiflung aus.

Hilmar schauderte. Er gedachte jenes Abends, an dem die liebreizende, strahlende Ingrid Wendland ihm mit stolzem Lächeln gelaut hatte.

Ich erwarte viel vom Leben: Sonnenschein, Herzensglück, innere Zufriedenheit!"

Ach, die erster Unglückseliger nie ihren Lebensweg getreuzt! Hätte er die zarte Blume in dem gesunden Boden gelassen! Sie nicht in seine unheilbringende Nähe verpflanzt!

„Ingrid!" flehte er sie bei beiden Händen fassend. „Sieh mich an!"

Sie hob die Augen zu ihm empor — o solche Augen — —

„Ingrid! Wenn du mich liebst, beherrsche dich noch kurze Zeit, bis —"

Sie nickte.

„Ja, ich weiß. Aber eins mußt du mir versprechen, Hilmar —"

„Alles, alles, was du willst!"

„Du nimmst gleich meinen kleinen Engel zu dir, damit niemand Verachtung — ein leichter Schauer überlog ihren Körper — „und noch eins: wenn es ein Mädchen ist. nenne es nicht Ingrid — —"

In einem plötzlichen Anfall von Schwäche sank sie zurück.

Erschrocken sprang ihr Hilmar zu Hilfe.

„Du trst dich zu sehr auf, mein Lieb. Auch wird es kühler hier draußen. Sieh, die Sonne geht unter! Du wirst dir Fieber holen. Komm herein ins Haus!"

„Nein, nein, ich kann die Dämmerung drinnen nicht ertragen!" wehrte sie angstvoll ab. „Laß mich draußen bleiben! Mir ist, als müßte ich drinnen in den niedrigen Räumen ersticken."

Aufs höchste beunruhigt eilte Hilmar ins Haus, um einen warmen Wollschal zu holen, in den er Ingrid sorglich einhüllte. Dabei fühlte er, wie der zarte Körper zitterte. Er schlang den Arm um ihre Schulter und bettete den müden Kopf an seine Brust.

Ingrid hatte schweigend alles mit sich geschehen lassen, Still, mit geschlossenen Augen, lag sie da, ohne sich zu rühren.

Plötzlich hob sie den Kopf ein wenig.

„Liebster —?"

„Ja, mein Lieb!"

„Ich hatte vorhin Besuch —"

„Juliane?"

„Nein."

„Peter Bonifazio?"

„Auch nicht."

„Wer denn?"

„Eine fremde Dame."

„Eine fremde Dame?"

„Ja, sie kam von Zürich und wollte nach Mailand. Dabei machte sie in Lugano Station — wie sie sagte. und ging auf den Monte Salvatore. Sie war sehr müde und fragte. ob sie hier ein wenig ausruhen könnte."

Und du natürlich — bei deinem guten Herzen — trotz deines Zustandes —"

„Ich ließ sie ausruhen. Zuerst gefiel sie mir nicht. Ihre Augen hatten so etwas Neugieriges, Dreistes. Aber später — sie schien auch eine Unglückliche zu sein, Hilmar — später empfand ich fast Sympathie für sie. Und auch ich schien ihr zu gefallen, obgleich sie gerade das Gegenteil von mir ist — klein und zierlich, tiefbrünettes Gesicht, brennend schwarze Auge.. — — was hast du, Liebster?" unterbrach sie sich erstaunt. „Warum siehst du auf einmal so finster aus? So — so —"

Hilmar war aufgesprungen und begann unruhig auf und ab zu laufen. Ihm fiel ein, wie vorhin auf der menschenleeren Landstraße eine Dame in extravagantem lila Tuchkostüm mit wallender Feder auf dem Hut mit auffallender Hast an ihm vorbeigeeilt war. Er hatte nicht weiter auf sie geachtet, weil sein ganzes Sinnen auf Ingrid gerichtet war und die Besorgnis, wie er sie antreffen würde.

Aber jetzt — jetzt fiel ihm so manches auf: ihr tänzelnder Gang, ihre herausfordernde Haltung und vor allem die auffällige Art, wie sie den Kopf nach der anderen Seite gewandt hatte, als wollte sie nicht von ihm erkannt werden.

Großer Gott, wäre es möglich, daß jenes Weib — —?

Ingrid abnte nichts von der Aufregung, die in Hilmar tobte. Sie griff in ihre Tasche und zog das Armband mit dem Amulett hervor.

„Merkwürdig!" sagte sie kopfschüttelnd. mehr zu sich. als zu Hilmar. „Was das Geschenk wohl bezweckte?"

„Was für ein Geschenk?"

„Dies hier."

„Von wem?"

„Von der fremden Frau."

Hastig griff er danach Nur einen Blick warf er darauf und war seiner Sache sicher.

(Fortsetzung folgt.)

Jeder kann heute wieder Mund und Zähne pflegen, denn der Preis der bewährten Zahnpasta

PEBECO

50 Pf. die große Tube — beträgt bei unveränderter Güte — 30 Pf. die kleine Tube

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240606018/fragment/page=0002